

Trumps Turbulenzen

Die US-Angriffe auf Iran verschärfen die Spannung mit den Europäern – und das Fehlen einer konsistenten außenpolitischen Strategie des US-Präsidenten

Die internationale Politik erlebt erneut eine Phase erheblicher Turbulenzen – insbesondere in den Beziehungen der USA zum Nahen Osten und zu Europa. Die zurückhaltende Reaktion vieler EU-Staaten auf die Luftangriffe der USA und Israels gegen den Iran sowie auf die gezielte Tötung Ali Chameneis, des obersten geistlichen Führers, stieß im Weißen Haus auf deutliche Verstimmung.

Donald Trump hatte im Wahlkampfversprochen, die Vereinigten Staaten aus militärischen Konflikten herauszuhalten. Mit den massiven Angriffen auf den Iran hat er nun bereits den siebten Militäreinsatz seiner zweiten Amtszeit angeordnet. Nach den brutal unterdrückten Protesten im Iran im Januar, bei denen mehr als 30.000 Menschen gezielt ermordet wurden, entschied sich Trump offenbar, auf einen Regimewechsel hinzuwirken. Ein neues nukleares Abkommen, das er noch zu Beginn seiner zweiten Amtszeit angestrebt hatte, erscheint ihm nicht länger ausreichend.

Bereits 2015 war es einer internationalen Koalition – unter Beteiligung Deutschlands – gelungen, ein Abkommen zur Begrenzung der iranischen Nuklearambitionen zu schließen. 2018 jedoch zogen sich die USA unter Trump aus dem Vertrag zurück, da er angeblich zu viele Schlupflöcher enthalte. Teheran zeigte später wenig Interesse an neuen Verhandlungen und weigerte sich vehement, ganz auf sein Nuklear- und Raketenprogramm zu verzichten. Im Juni 2025 bombardier-

„Ein längerer Krieg würde die USA vor erhebliche militärische und politische Herausforderungen stellen

ten Israel und die USA daraufhin zwölf Tage lang zahlreiche unterirdische Nuklearanlagen im Iran. Die Schäden waren erheblich, eine vollständige Zerstörung wurde jedoch nicht erreicht.

Diese Operationen – ebenso wie die gezielte Tötung des iranischen Generals Qassem Soleimani im Januar 2020 und das kürzliche Kidnapping des venezolanischen Machthabers Nicolás Maduro – scheinen Trump in der Überzeugung bestärkt zu haben, dass den USA kein Staat der Welt gewachsen ist. Doch Iran ist fast fünfmal so groß wie Deutschland, zählt rund 93 Millionen Einwohner und verfügt trotz jahrelanger schwerer westlicher Sanktionen über beträchtliche militärische Fähigkeiten. Zudem kann Teheran auf regionale Verbündete wie die Huthis im Jemen



KLAUS LARRES

ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

oder die Hisbollah im Libanon zurückgreifen.

Der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, General Dan Caine, soll Trump gewarnt haben, dass ein Krieg mit dem Iran rasch die gesamte Region erfassen könnte. Die USA müssten mit erheblichen Verlusten rechnen – zumal mehrere Verbündete im Nahen Osten Überflugrechte verweigert haben. Hinzu kommen Engpässe bei Munition und eine begrenzte Zahl moderner Flugabwehrsysteme wie Patriot und THAAD. Ein längerer Krieg würde Washington vor erhebliche militärische und politische Herausforderungen stellen.

Unklar bleiben zudem die langfristigen strategischen Ziele Trumps. Wie sähe ein Iran nach einem Regimewechsel aus? Wer würde die politische Verantwortung übernehmen? Wie ließe sich verhindern, dass das Land im Chaos versinkt oder entlang religiöser und ethnischer Bruchlinien zerfällt? Die katastrophalen Erfahrungen mit dem Irakkrieg von 2003 geben zu denken. Damals sollte eine amerikafreundliche Regierung in Bagdad etabliert werden – stattdessen folgten jahrelange Instabilität, Gewalt und die Geburt neuer Terrororganisationen.

Auf substanzielle europäische Unterstützung im Nahen Osten kann Trump kaum hoffen. Die transatlantischen Beziehungen befinden sich weiterhin in einer tiefen Krise. Der Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz in Washington am Dienstag wird nicht einfach sein. Bereits auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sprach der kanadische Premierminister Mark Carney von einem dauerhaften Bruch. Zwar gelang es den anwesenden Regierungschefs, Trump von seiner Idee einer amerikanischen Übernahme Grönlands abzubringen, doch die Spannungen sind bestehen geblieben. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte Außenminister Marco Rubio, Europa müsse seine Schuldgefühle überwinden und wieder stolz auf seine christliche Zivilisation und stolze Geschichte sein. Dann könne man gemeinsam an einer Reform und Erneuerung der internationalen Ordnung arbeiten – andernfalls würde Washington das alleine machen. Die anwesenden Politiker reagierten mit Beifall, nicht zuletzt weil Rubios Ton

deutlich moderater war als die recht dreiste Rede von Vizepräsident JD Vance im Vorjahr. Doch irgendwie schienen die versammelten Politiker nicht erkennen zu wollen, dass die Trump-Regierung zum Totengräber einer liberal-demokratisch ausgerichteten transatlantischen Allianz geworden ist. Bei den vielen Events der Münchener Sicherheitskonferenz konnte ich zwar manch deutliche Kritik an Trumps Politik hören, doch war das oftmals verbunden mit der rosigen Sicht, wie sie nicht zuletzt von Nato-Generalsekretär Mark Rutte verbreitet wurde, dass alles nicht so schlimm sei. Letztlich könne man sich nach wie vor auf Washington verlassen.

Die innenpolitischen Spannungen in den USA erhöhen die Unsicherheit. Dass der Oberste Gerichtshof wesentliche Teile von

„Noch überlagert der Krieg im Nahen Osten die Affäre um den Sexualstraftäter Jeffrey Epstein und Trumps Verwicklung

Trumps Zollpolitik für rechtswidrig erklärt hat, stürzt dessen Wirtschaftspolitik weiter ins Chaos. Trumps jüngste, fast zweistündige Rede zur Lage der Nation war von zahlreichen Unwahrheiten und scharfen Attacken gegen politische Gegner geprägt, die Mitglieder des Supreme Court eingeschlossen.

Für zusätzliche Turbulenzen in den USA sorgt die Veröffentlichung von Millionen Dokumenten im Zusammenhang mit dem Sexualstraftäter Jeffrey Epstein. Zahlreiche prominente Amerikaner gerieten in Misskredit, auch wenn ihnen keine Straftaten nachzuweisen sind. Trump selbst schien zunächst unbeschadet zu bleiben. Inzwischen wurde jedoch bekannt, dass Dokumente einer jungen Frau, die bereits in den 1980er Jahren schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben hatte und mehrfach vom FBI befragt worden war, seltsamerweise nicht mehr auffindbar sind. Noch überlagert der Krieg im Nahen Osten diese Affäre. Doch die Frage bleibt, wie lange sich die außen- und innenpolitischen Krisen voneinander trennen lassen.

Die gegenwärtigen Turbulenzen und der Irakkrieg zeigen vor allem eines: Eine klare strategische Linie ist in Washington kaum erkennbar. Stattdessen prägen kurzfristige Entscheidungen, hartnäckige persönliche Überzeugungen und Beziehungen sowie innenpolitischer Druck das Handeln. Für Europa wie für den Nahen Osten bedeutet das vor allem eines: anhaltende Unsicherheit und Unberechenbarkeit der Trump-Administration.